

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/76126/1433568/fachtagung-fordert-verbesserung-der-rechtlichen-und-politischen-rahmenbedingungen-fuer> abgerufen werden.



Fachtagung fordert Verbesserung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für Wohnungsindustrie: Wohnungswirtschaft ist Schlüsselindustrie für Stabilität der Volkswirtschaft

02.07.2009 - 12:58 Uhr, BERLINboxx

Berlin (ots) - Deutsche Wohnen Vorstand Michael Zahn:

"Kommunalen Wohnungsmarkt wieder für Privatisierungen und damit für ausländisches Kapital öffnen"

Staatssekretär Schauerte: "Mieter-Eigentümerlastenverteilung beim Thema Sanierung und Modernisierung muss verbessert werden"

Bei der Fachtagung "Kooperation schafft Innovation - Neue Partnerkultur in der Wohnungswirtschaft" forderten hochkarätige Vertreter aus Bundespolitik und Wohnungsbranche eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Immobilien- und Wohnungsindustrie. Die Immobilienbranche stellt insgesamt 86 Prozent des deutschen Anlagevermögens. Allein die Wohnungsindustrie beschäftigt fast 430.000 Menschen nur in Deutschland und trägt mit 12 Prozent dreimal soviel zur Bruttowertschöpfung bei, wie die Automobilindustrie.

Der parlamentarische Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, Hartmut Schauerte, bescheinigt der Wohnungsindustrie eine wichtige stabilisierende Funktion für die deutsche Volkswirtschaft: "In Deutschland gab und gibt es weder eine Immobilienblase und noch ist das Problem der faulen Kredite hier im Land verursacht worden." Die deutsche Immobilienwirtschaft habe seriös agiert und werde aus der Krise insgesamt gestärkt hervorgehen. Sie stehe allerdings vor großen Herausforderungen und müsse künftig mit erheblichen Investitionen auf den demographischen Wandel und auf die ökologischen Anforderungen an ihre Wohnungsbestände reagieren. Eine zukünftige Bundesregierung müsse deshalb die Rahmenbedingungen insbesondere für die Wohnungswirtschaft nachbessern: "Gerade bei der Sanierung und Modernisierung der Wohnungen ist die Nutzen-Lastenverteilung zwischen Eigentümer und Mieter ungerecht", so Schauerte.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Wohnen AG, Michael Zahn, kritisierte, dass Branchen wie die Automobilindustrie teilweise Milliardensubventionen erhielten, während die in weiten Teilen gesunde Wohnungsindustrie gegen politisch motivierte Investitionshemmnisse kämpfen müsse: "Ein ordnungspolitisch völlig falsches Signal!" Gerade die Wohnungsindustrie sei einer der stabilisierenden Faktoren in der aktuellen Krise und könne massive beschäftigungspolitische Impulse setzen. "Neben mietrechtlichen Erleichterungen von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen unserer Wohnungsbestände muss der Wohnungsmarkt auch wieder für ausländisches Kapital geöffnet werden, um unsere Branche zukunftsfähig zu halten. Die Privatisierung von kommunalen Wohnungsbeständen und Wohnungsunternehmen muss national und insbesondere in Berlin durch die Politik wieder ermöglicht werden. Alle mit Privatisierungen verbundenen Befürchtungen sind bisher nicht eingetreten", folgert Zahn.

Am Nachmittag werden die "Berliner Thesen zur Wohnungspolitik 2009" mit weiteren konkreten Forderungen an die Politik vorgestellt.

Pressekontakt:

redaktion@berlinboxx.de

Milena Kraus

Tel.: 030-88918794

Originaltext:

BERLINboxx

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/76126/berlinboxx>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_76126.rss2